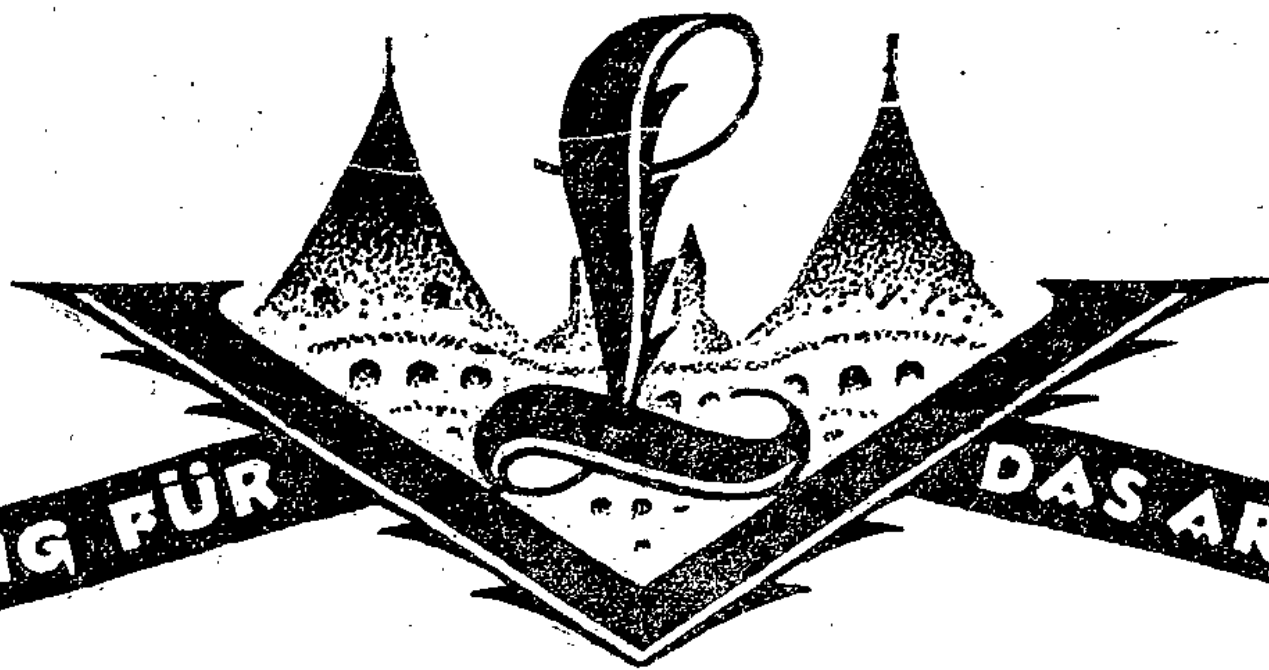


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten freins Haus monatlich 32 Mk. Einzelverkaufspreis 2,50 Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark, Beilagengebühr 1000 Stck., 225 Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926



Lübecker Volksbote

Nummer 195.

Dienstag, 22. August 1922.

29. Jahrgang.

Beginn der Reparationsverhandlungen in Berlin.

SPD. Berlin, 21. August.

Die Besprechungen der amtlichen Stellen mit den Vertretern der Reparationskommission haben am Montag begonnen. Sowohl bei dem Empfang der Herren Bradbury und Mauclerc durch den Reichskanzler in Anwesenheit der Staatssekretäre als auch bei der Unterredung, die der Reichsfinanzminister Hermes nachmittags mit den Delegierten des Wiedergutmachungsausschusses hatte, handelt es sich lediglich um eine gegenseitige Fühlungnahme. Die offiziellen Beratungen mit den zuständigen Ressorts der Reichsregierung beginnen erst am Dienstag. Ziel und Richtung der Bestrebungen der Vertreter der alliierten Mächte kennt man bisher in amtlichen Stellen noch nicht. Nach Verlautbarungen, die Sir Bradbury Journalisten gegenüber gemacht haben soll, handelt es sich um die Feststellung der Garantie, die Deutschland für das neu geforderte Moratorium freiwillig zu geben in der Lage ist.

Am Montag nachmittag um 5 Uhr trat das Reichskabinett zur Besprechung laufender Angelegenheiten zusammen. Die Reparationsfrage wurde in dieser mehrstündigen Sitzung nicht besprochen.

Zur Ankunft der beiden Abgesandten der Reparationskommission in Berlin erfährt die „Neue Berliner Zeitung“, der französische Delegierte Mauclerc werde sehr scharfe Bedingungen vorlegen. Er sei allerdings von seiner Regierung ermächtigt, über den Ersatz einzelner Bedingungen zu verhandeln, jedoch nur, wenn es sich um einen Ersatz „gleicher Art und gleichen

Inhalts“ handle. Mauclerc's persönliche Stellung sei zudem eine der milden Tonart ungünstige. Die englische Regierung habe Bradbury mehr oder weniger formell angewiesen, sich der Stellungnahme Mauclerc's soweit wie möglich anzupassen.

Berlin, 22. August.

Gestern nachmittag 4 Uhr fand die erste Besprechung der Herren Bradbury und Mauclerc mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und dem Staatssekretär Bergmann über die Frage des Moratoriums im Reichsfinanzministerium statt. Die beiden Vertreter der Reparationskommission entwickelten den bekannten französischen und englischen Standpunkt. Reichsfinanzminister Hermes dürfte erklärt haben, daß Deutschland nun schon seit 1 1/2 Jahren eine konsequente Erfüllungspolitik zu treiben versucht und daß er nicht die Absicht habe, von dieser Linie abzuweichen. Aber Deutschland könne bei dem katastrophalen Sturz der Mark beim besten Willen nicht mehr die ihm aufgegebenen Darlehnungen aufbringen. Infolge dessen sei es auf eine Ktempause angewiesen. Die Diskussion führte, wie nur natürlich, noch zu keinen Beschlüssen, sondern diente in der Hauptsache der gegenseitigen Information. Wie verlautet, hat der Reichsfinanzminister im Laufe der Unterhaltung allerdings darüber keinen Zweifel gelassen, daß eine Verpfändung der Staatsforsten auf dem linken Rheinufer als Garantieleistung nicht in Betracht kommen könne. Die Besprechungen wurden auf heute vormittag 10 Uhr vertagt. Es ist möglich, daß in der weiteren Aussprache von deutscher Seite gewisse Anregungen, um nicht zu sagen Vorschläge für eine Verständigung gegeben werden. Zur Stunde steht aber darüber noch nichts fest. Im Anblich an diese Konferenz fand anstatt der geplanten Kabinettsitzung eine unverbindliche Aussprache der beteiligten Ressorts und Staatssekretäre mit dem Reichskanzler statt, der sich die Leitung der ganzen Verhandlungen vorbehalten hat.

Poincaré's Taktik.

SPD. Berlin, 21. August.

Vor wenigen Tagen tauchte in einigen französischen Blättern der Gedanke einer direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf. Ein Sinnes nahestehendes deutsches Blatt griff den Gedanken gierig auf und auch in Belgien soll er auf Interesse gestossen sein. Ueber das Wesen der direkten Verständigung wurden klare Formulierungen nicht gemacht. Im Mittelpunkt der Idee stand die Tatsache, daß es eine wirtschaftliche Grenze zwischen Deutschland und Frankreich nicht gibt. Das nordfranzösische Industriegebiet ist sozusagen die Fortsetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Durch den Versailler Vertrag ist Frankreich der natürliche Lieferant für Deutschlands Bedarf an gewissen Eisenerzen geworden. Das alles läßt sich nicht leugnen und ist schon mehrfach erörtert worden. Kein wirtschaftlich gesehen, ließe sich also ein Zusammenarbeiten der deutschen und französischen Industrie sehr wohl denken und auch die Teilnahme Belgiens an der Korporation wäre nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Leider stehen dem Plan die verschiedenartigsten Hindernisse entgegen.

Wie eifersüchtig die französische die deutsche Industrie überwacht, sah man anlässlich des Troquereschen Sachleistungsplanes. Le Troquere sah für einen Ausbau der französischen Wasserstraßen und Wasserkraften eine enge Mitarbeit der deutschen Wirtschaftsfaktoren vor. Seine Vorschläge fanden vor den Sachverständigen und den Regierungsstellen eine warme Aufnahme. Die Reparationskommission schien dem Plan keinen prinzipiellen Widerstand entgegenbringen zu wollen. Und doch verschwand das Projekt sehr bald von der Bildfläche. Die französische Industrie hatte Protest gegen die großzügigere Verwendung deutscher Arbeitskraft in Frankreich eingelegt. Es ging diesem Plan ähnlich wie den verschiedenen Vorschlägen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit Hilfe deutscher Arbeitskräfte. Die Projekte sind vorzüglich und werden in der Öffentlichkeit ausführlich besprochen. Aber wenn es an die Ausführung gehen soll, werden sie auf Geheiß der französischen Industriellen plötzlich von der Tagesordnung abgesetzt. Das Wiesbadener Abkommen und das erweiterte Bemelmanns-Abkommen leiden an derselben Erscheinung.

Sehen wir weiter zu, so finden wir unter den von Poincaré ausersehenen produktiven Pfändern die Beschlagnahme der staatlichen Forsten und Bergwerke im Rheinland, teilweise Beschlagnahme der linksrheinischen Industrie, vor allem der chemischen Werke. Verlegung der Zollgrenze an den Rhein mit Einschluß des Ruhrgebietes. Hätte sich die französische Industrie in der Defensive, so geht Poincaré zur Offensive über. Gewiß, auch er sieht deutlich, daß die politische Grenze zwischen Deutschland und Frankreich keine wirtschaftliche ist. Er zieht daraus aber nicht die Folgerung einer deutsch-französischen Kooperative, sondern arbeitet immer wieder auf eine Angliederung des westdeutschen Industriegebietes an das Industriegebiet Nordfrankreichs hin. Waren seine Pläne früher ganz offen militärischer Natur, so versucht er heute nach Mühlungen der früheren Politik es mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen. Aber das Ziel bleibt dasselbe, wie auch die Begründung seines Vorgehens dieselbe bleibt. Ein Schein des Rechts für derartige operative Eingriffe kann nur eine böswillige Verfehlung Deutschlands ergeben. Deutschland darf also die ihm auferlegten Lasten nicht erfüllen können. Da der Londoner Zahlungsplan auch nach den Abmilderungen, die er inzwischen erfahren haben mag, diesen Bestrebungen Frankreichs durchaus entgegenkommt, mußte ein Verfehlen Deutschlands kurz überlang in Erscheinung treten. Nur an dem zweiten Argument der Böswilligkeit Deutschlands hapert es. Denn alle Londoner Signatarmächte, von Frankreich abgesehen, und die verschiedenen Sachverständigen — und Kontrollinstanzen haben inzwischen öffentlich erklärt, daß die Londoner Forderungen weit über Deutschlands Leistungsvermögen gehen, daß also im Versäumnisfall von einer böswilligen Handlungsweise Deutschlands nicht die Rede sein kann. Wenn das Poincaré in Harnisch versetzt und ihn zu der unheimlichen Behauptung hinreißt, die Nichtanerkennung der Böswilligkeit Deutschlands sei ein Verstoß gegen den Versailler Vertrag und berechtige Frankreich zu einem Sondervergehen, so beweist das einestheils, wie verfrüht es ist, auf eine direkte Verständigung mit Frankreich seine Hoffnung zu setzen und andernteils, mit welcher Hartnäckigkeit Poincaré auf das Ziel einer wirtschaftlichen Einschränkung im westdeutschen Industriegebiet hinstrebt.

Die Möglichkeit einer endgültigen Beilegung der ständigen Reparationskriege scheint vielmehr von anderer Seite gegeben zu sein. Frankreich ist ein säumigerer Schuldner wie

Erst Brot, dann Reparationen.

Paris, 21. August.

„Svenska Dagbladet“ schreibt: Daß es infolge des katastrophalen Marksturzes notwendig geworden sei für Deutschland, früher vorgenommene Weizenkäufe in Nord- und Südamerika zu annullieren, da die hierfür vorgesehenen Raten für die Zahlungen an die Entente gebraucht würden. Demgegenüber erfährt die D. N. Z. von zuständiger Seite, daß die Getreidekäufe des deutschen Reiches bisher alle bezahlt sind und daß auch für die am 15. Dezember fälligen Beträge Deckung vorhanden ist. Die Regierung stehe der Entente gegenüber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die für die lebensnotwendigen Getreidekäufe nötigen Mittel durch die Reparationszahlungen nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Theunis über die belgische Reparationspolitik.

Haag, 22. August.

Der Nieuwe Kolkerd. Courant hat von dem belgischen Ministerpräsidenten die Mitteilung bekommen, daß die belgische Regierung weder ihren Vertreter in der Reparationskommission de la Croix beauftragt hat, sich seiner Stimme zu enthalten noch sich gegenüber Frankreich die Hände gebunden hat. Die belgische Regierung halte sich an den Vertrag von Versailles, der ihre Unterschrift trägt. — Weiter hat Theunis erklärt, England müsse begreifen, daß Frankreich gewisse Garantien verlangen muß. Ueber die Ausführungen der Garantien lasse sich sprechen, nicht aber über die Garantien als solche selbst. Die belgische Regierung sei optimistisch und glaube bestimmt, daß die Prüfung einer allgemeinen Regelung in kurzer Zeit beginnen müsse.

Wenn Gebote der öffentlichen Meinung in England.

Der Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ übermittelt seinem Blatte eine Zuschrift des englischen Schriftstellers Sir George White zur Reparationsfrage. Dieser ist davon überzeugt, daß eine Schwenkung in der Reparationspolitik der Verbündeten viel weniger von der englischen Regierung aus freiem Entschluß gefordert wird, als vielmehr von der englischen öffentlichen Meinung, den Arbeitern, Industriellen und Kaufleuten, sowie den Bankiers, ihr aufgezwungen wird. Alle Klassen der englischen Bevölkerung sind nach ihm heute von dem Wunsch befeuert: 1. daß von den englischen wie von der französischen Regierung die bestehenden Tatsachen anerkannt, jeder Faktor sorgfältig beobachtet und die Linie der zu befolgenden Politik völlig neu gezogen wird; 2. daß das französische Volk von den europäischen und allgemeinen Verhältnissen der ganzen Welt, wie sie heute

liegen, völlig unterrichtet wird; 3. daß die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit einem Bankenausschuß vorgelegt wird; 4. daß Deutschland für sämtliche Zahlungen ein Moratorium erhalten soll, bis sich der Bankenausschuß über seine gesamte Zahlungspflicht ausgesprochen hat; 5. daß eine internationale Anleihe aufgelegt wird, die die unergänzliche Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Frankreichs und der anderen Länder ermöglicht; 6. daß die deutschen Reparationszahlungen in Form von Annullitäten (Zahresraten) erfolgen, die zur Zinszahlung für eine internationale Anleihe dienen sollen; 7. daß die internationalen Schulden gestrichen werden; 8. daß sofort für die finanzielle Reorganisation Österreichs gesorgt wird und 9. daß alle Meinungsverschiedenheiten über den Betrag der Reparationen, ihre Zahlungsweise und andere Fragen, die zwischen Frankreich und England bestehen, vom Völkerverbund geregelt werden. Der Berichterstatter betont ausdrücklich die neuerliche Annäherung Lloyd Georges an diese Gedankengänge.

Die Folge von Versailles.

London, 21. August.

Auf einer Versammlung der Eisensahnestellen hielt der Arbeiterführer J. H. Thomas ein Gespräch in Chester eine Rede, in der er erklärte, das Problem der Arbeitslosigkeit werde niemals gelöst werden können, solange die Arbeiterpartei nicht die Regierungsgewalt übernommen habe, und solange die internationale Politik Großbritanniens nicht geändert würde. Thomas erklärte die Arbeitslosigkeit und die schwierige industrielle Lage Englands als eine Folge der blinden und blödsinnigen Politik, die in Versailles festgesetzt sei.

Schutzzölle in Amerika.

Ein Funkpruch meldet aus Washington:

Die Zolltarifvorlage ist am Sonnabend vom Senat angenommen worden. Sie wird als eine außerordentlich schütz-zöllnerische Maßnahme hingestellt. Sie enthält 2200 Änderungen der Vorlage, wie sie vom Repräsentantenhaus angenommen worden war. Die Vorlage des Senates ermächtigt den Präsidenten, bis zum 1. 7. 1924 die Zölle nach oben und unten bis zu 50 % abzuändern. Die Vorlage sieht in diesen Einzelheiten viel höhere Sätze vor als die des Repräsentantenhauses. Außer hohen Zöllen auf Chemikalien verlangt die Vorlage auch Zölle auf Stahlwaren in Höhe bis zu mehreren hundert Prozent des Wertes, Zölle auf Spielzeug mit 70, auf Spitzen mit 90 %. Die Vorlage fordert ausländische Bewertung, während die des Repräsentantenhauses amerikanische vorschlag. Die Vorlage geht nunmehr einem Konferenzausschuß zu, der erst dem Wertungsplan zustimmen muß.

Deutschland. Es leidet an einem dringenden Geldbedarf. Von dieser Seite lastet ein Druck auf Frankreich, der es zu einer Verständigung auf anderem Gebiet willfährig machen könnte. Es darf doch nicht übersehen werden, daß Frankreich heute bereit ist auf Grund eines interalliierten Schuldenausgleiches einer vernünftigeren Regelung des Reparationsproblems zuzustimmen. Vorläufig arbeitet es noch immer darauf hin, vor dem Zustandekommen der endgültigen Regelung ein böswilliges Verfehlen Deutschlands zu erzwingen und auf diese Weise das westdeutsche Industriegebiet in irgend einer Weise dem deutschen Wirtschaftsbereich entziehen zu können. Da Deutschland augenblicklich vor aller Öffentlichkeit die Bitte ausgesprochen hat, seine Zahlungen eine Zeitlang aussetzen zu dürfen, und da die gesamte Öffentlichkeit geneigt ist, dieser Bitte stattzugeben, hält Poincaré allem Anschein nach den letzten Termin für gekommen, seiner Absicht Geltung zu verschaffen. Dringt er diesmal nicht durch, so ist vielleicht für lange Zeit und vielleicht sogar für immer eine wirtschaftliche Einflußnahme Frankreichs auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet unmöglich geworden.

Das bleibt zu bedenken, wenn man sich ein klares Bild davon machen will, wie wichtig es ist, der Gegenseite kein stichhaltiges Moment für eine Böswilligkeit Deutschlands in irgend einer Richtung in die Hand zu geben; das bleibt zu bedenken, wenn man sich ansieht, jene internationalen Kräfte zu unterstützen, die dem Frankreich Poincarés jede Gelegenheit zu einem Sonderzugehen geben wollen. Das Frankreich von heute lebt nicht mehr in dem Wahn, daß Deutschland alles bezahlen wird, aber es gibt sich immer noch einem ebenso gefährlichen Wahn hin, zu gleicher Zeit die Pläne am Rhein verwirklichen und die internationale Finanzregelung erwirken zu können. Alles kommt darauf an, Dummheiten zu verhüten, bis das Frankreich von morgen einzieht, daß nur das eine oder das andere möglich ist und daß das eine Europa endgültig zersfällt, während das andere, wenn die Selbstbestimmung nicht zu lange auf sich warten läßt, die Katastrophe wahrrscheinlich noch zurückdämmen könnte.

Hindenburg in München.

SPD. München, 21. August. (Drathbericht.)

Die Hindenburgfeier hat den erwarteten Verlauf genommen: Paraden, Deputationen, Damenaberdungen und Festreden. Eingeleitet wurde das Fest durch die Mißhandlung unseres Berichters. Dieser wurde von Beamten der Sicherheitspolizei erkannt und dem Festkomitee angezeigt. Das Komitee, ein Feldweiser in Uniform an der Spitze, mißhandelte höchstselbst unsern beruflich amtierenden Vertreter und rief mit lauter Stimme die verhasste Menge zum Angriff auf unsern wehrlosen Korrespondenten auf. Blutig gesplagene wurde er von den Schupo-Beamten in Schuchhaft genommen.

An besonderen Denkwürdigkeiten ist nur zu berichten, daß sich die beiden Nationalhelden Hindenburg und Ludendorff in den Armen lagen und daß Hindenburg vor einer vor Begeisterung tobenden Menge den General Ludendorff auf die Wangen küßte. Herr von Raß, der nicht von der Seite Hindenburgs wich, führte seinen Gast auch in die Festsengruß der Frauenkirche, wo Hindenburg an den Särgen des letzten bayrischen Königs paars Fränge niederlegte. Im übrigen gelang es Herrn von Raß die Feier in reinster deutschnationaler Aufmachung durchzuführen. Leblich Generale und Prinzen bestritten das Aufgebot an patriotischen Reden. Die offizielle Staatsregierung mit Graf Lerchenfeld an der Spitze wurde wie ein notwendiges Uebel von den in ihren prunkenden Uniformen aufmarschierenden Offiziersverbänden empfangen und in geradezu empörender Art und Weise in die Gasse der Festhalle des Armeemuseums zurückgedrängt.

Wagen wird Hindenburg zu einem „oberbayerischen Bereiter“ aufs Land fahren und sich der Erholung und der Jagd widmen.

Der Konflikt zwischen Berlin und München ist durch das große Ereignis des Hindenburgbesuches förmlich in Vergessenheit geraten. Die Mäler bringen darüber nur ganz kurze Notizen. So läuft die deutschnationale Presse gegen Dr. Heim Sturm, der trotzdem ein nicht Mitglied der Landtagsopposition der bayrischen Volkspartei ist, die Beratungen der bayrischen Volkspartei entscheidend im Sinne eines gütlichen Ausgleiches mit dem Reich beeinflusst habe.

Das bayrische Standesbewußtsein wird wohl erst wieder zum Leben erwachen, wenn der atome Hindenburganzug aus den Köpfen der Münchener vertrieben ist. Um der Träne zur Deutschen Republik ein jüdisches Äußeres zu verleihen, wurde heute das USA-Organ für Schwaben, „Die Umkehr“, auf vier Wochen verboten.

Die Teuerungszulagen für die Beamten und Staatsarbeiter.

Der Uebersichtsausschuß des Reichstages trat am Montag nachmittag zur Beratung des Ergebnisses der Teuerungszulagen der Beamten zusammen. Ueber den Verlauf der Angelegenheit berichtet Geheimrat A. H. v. M. v. n. v. Reichsfinanzministerium. Genosse Bender wies darauf hin, daß die Spannung zwischen den Gehältern der höheren, mittleren und unteren Beamten durch die prozentuale Verteilung der Zulage immer größer werde, während die Teuerung jedem einzelnen Beamten gleich hart belaste. Es müsse ein Weg gefunden werden, um zu verhindern, daß die Spannung zwischen den einzelnen Gehältern sich nicht noch mehr vergrößere, auch die Gewerkschaften seien mit dieser Entwicklung keineswegs zufrieden, erkländen vielmehr in einer solchen Lohnpolitik eine ernste Gefahr. Genosse Steinke stellte im Interesse einer schnellen Auszahlung der neuen Zulage seine prinzipiellen Bedenken zurück, ermahnte die Regierung aber, die Frage der Grundgehälter und des Kopfschlages für die einzelnen Beamtensgruppen so bald wie möglich zu regeln. Für künftige Teuerungszulagen müßten die beklagten Mißstände unter allen Umständen vermieden werden. Auch die Vertreter der USP. wiesen auf die Notwendigkeit einer anderen Verteilung des Kopfschlages hin. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß man in eine Prüfung der geforderten Neuregelung eintreten werde, die aber nicht vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages erfolgen könnte, da dessen Zustimmung notwendig ist. Sollten bis dahin neue Erhöhungen der Gehälter notwendig werden, so müßte die Regelung nach den alten Grundsätzen erfolgen. Noch im Laufe des Montags sind alle Reichsbehörden angewiesen worden, die beschlossenen Zahlungen zur Auszahlung zu bringen.

Der Ständige Ausschuß des preussischen Landtages beschloß am Montag nach kurzer Debatte die Zustimmung zu der Verordnung der Regierung, die die Ausgleichszulage für die Beamten in derselben Weise erhöht, wie das im Reich beschlossen wurde. Die sozialistischen Fraktionen erklärten, daß sie nur deshalb zustimmen, weil die Angelegenheit heute nicht mehr deshalb zur Regel werden kann, wie sie im Reich geregelt sei. Statt der Regelung, durch die die Spannung zwischen den höheren und unteren Beamtengruppen so groß sei, müsse jetzt ein Weg gesucht werden, um für die nächste Teuerungszulage die Differenz zugunsten der unteren Beamten zu verfeinern. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale schlossen sich dieser Erklärung an.

Die Lohnverhandlungen für die Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe sind am Sonnabend zum Abschluß gekommen. Die Löhne der Arbeiter erhöhen sich pro Stunde in Gruppe 1 um 11,80 Mk., in Gruppe 2 um 11,60 Mk., in Gruppe 3 um 11,40 Mk., in Gruppe 4 um 11,20 Mk., in Gruppe 5, 6 und 7 um 11 Mk.

Rationale „Wandlung“.

Aus Pommern wird uns geschrieben:
In der Deutschen Volkspartei Pommerns vollzieht sich in letzter Zeit eine erwähnenswerte Wandlung. Bisher wurde die Politik dieser Partei von der Deutschnationalen Volkspartei kaum noch übersehen. In dem Provinziallandtag, im Provinzialauschuß und in den Kommunen gingen die Anhänger der Partei in allen Fragen nur mit der Rechten. Um die Koalition in Preußen kumierten sie sich überhaupt nicht. Dieser Zustand verschlimmerte sich noch, nach dem die demokratische „Opferzeitung“ von führenden Mitgliedern der Deutschen Volkspartei künstlich erworben war. Unsere Partei nahm selbstverständlich eine entsprechende Haltung ein. Als der Rummel mit der sogenannten „Vaterländischen Einheitsfront“ losging, waren auch überall die „Deutschen Volksparteier“ dabei. Unter allen Aufrechten prangte ihre Firma. Mit der Zeit fanden sich aber genügend Einsichtige, die erkannten, daß es sich hier nur um Jurefidei-Dienste für die Deutschnationalen handelte und erklärten, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Die Gärung wurde immer heftiger, bis schließlich der geköpfte Ausschuß der Deutschen Volkspartei Pommerns veranlaßt lag, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Er nahm eine Entschlieung an, in der es u. a. heißt:
... Eine Einheitsfront im innerpolitischen Streit ist unmöglich und ein Versuch, sie zu bilden, ist anmaßlich und schädlich, weil er nur zur Verleugung aller und zur Schaffung neuer Gegensätze führt.
Die Deutsche Volkspartei Pommerns kann daher an der Bildung einer sog. vaterländischen Einheitsfront nicht teilnehmen, wie

sie in Pommern versucht ist, nicht mitwirken und fordert ihre Delegierten im Lande an, entsprechend zu handeln.“

In der gleichen Sitzung wurde auch zu anderen politischen Fragen Stellung genommen. Es wurde u. a. einmütig der Beisatz gefaßt, daß in politischen Fragen die Deutsche Volkspartei in Pommern in Provinzial- und Kommunalverbänden die Richtlinien befolgen soll, an denen sie bis jetzt mit höchstem Erfolg für unser Vaterland im Reich und in Preußen festgehalten hat, und die letzten Endes allein Ruhe und Frieden im Innern und ein Erstarken nach Außen gewährleisten. In rein wirtschaftlichen Fragen sollen die Vertreter von Volk und Soil selbst entscheiden, da hierbei parteipolitische Gesichtspunkte nicht in Frage kommen dürfen. Auch in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei beginnt es unruhig zu werden. Die Landesleitung will den deutschnationalen schwarz-weiß-roten Flaggen- und Kaiserbücherrummel nicht mehr mitmachen. Man sieht ein, daß damit nur eine unnötige Beunruhigung hervorgerufen wird, die nichts Förderliches mit sich bringt. Das ist natürlich den deutschnationalen Führern nicht unbekannt geblieben. Die Wirkung zeigte sich bereits in der Donnerstags Sitzung des Provinziallandtags. Die Deutschnationalen stimmten für die Entfernung des Kaiserbüchens aus dem Sitzungssaal des Landtages, um dessen Verbleiben sie bisher hartnäckig gekämpft hatten. Sie wollten natürlich in Schönheit sterben und erklärten deshalb in der „Pommerschen Tagespost“, daß sie nur mit größtem Widerstreben ihre Zustimmung gaben.

Etwas weiter als in Lübeck und Umgebung ist also das Bürgerium in dem vielgelächerten Pommern doch!

Die Erhöhung der Reichsarbeiterlöhne.

Die Lohnverhandlungen für die Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe sind am Sonnabend zum Abschluß gekommen. Die Löhne der Arbeiter erhöhen sich in

Gruppe I um 11,80 Mk. pro Stunde, Gruppe II um 11,60 Mk. pro Stunde, Gruppe III um 11,40 pro Stunde, Gruppe IV um 11,20 pro Stunde, Gruppe V, VI und VII um 11 Mk. pro Stunde.

Daraus ergeben sich folgende Gesamtlöhne in Ortsklasse A Gruppe I 42,40 Mk. pro Sid. Gruppe II 41,30 pro Sid. " III 40,20 " " " IV 39,20 " " " V 38,30 " " " VI 37,90 " " " VII 37,60 " " " " " " " " " " " " "

Für die weiblichen Bediensteten erhöht sich der Stundenlohn in Ortsklasse A um 7,25 Mk. Die Spannung zwischen den Zulagen der Arbeiter in den einzelnen Ortsklassen erhöht sich von Ortsklasse zu Ortsklasse um 30 Pfg., so daß sich die Zulage vermindert in

Lohngruppe B um 30 Pfg. pro Stunde

" C " 60 " " " "

" D " 90 " " " "

" E " 120 " " " "

Die Zulagen für die weiblichen Bediensteten vermindern sich von Ortsklasse zu Ortsklasse um je 20 Pfg. Die Kinderzulage wird um 25 Pfg. erhöht und beträgt nunmehr 1,75 Mk. pro Stunde. Die Zulagen werden zu den Augustlöhnen ds. Js. gezahlt.

Die Umwandlung der preussischen Staatsbetriebe.

Berlin, 22. August.

Der Gesetzentwurf für die Umstellung der staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen ist im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe als Referententwurf fertiggestellt und hat bereits die Zustimmung der Bergbaupräsidien sowie der Präsidenten der Direktionen und fast aller Direktoren der staatlichen Werke gefunden. Er bezweckt die Umstellung der staatlichen Betriebe des Bergbaues auf bessere wirtschaftliche Ertragsfähigkeit. Anfang September soll der Entwurf den Beamtensorganisationen, den Angestellten- und Arbeiterverbänden und den Betriebsräten zur Begutachtung vorgelegt werden. Im Oktober soll der Entwurf dem Landtag angeleitet werden.

Erzberger-Denkmal in Biebereich. Die Stadt Biebereich hat für Erzberger ein Denkmal errichten lassen, das am 23. August, dem Jahrestage seiner Ermordung, enthüllt werden wird. Das Denkmal ist mit folgender Inschrift versehen: „Niemand hat eine größere Liebe als der, der sein Leben hingibt für seine Freunde.“

Eisenbahnunglück bei London. Aus London wird gemeldet: In der Nähe von Gravesend bei London fuhr gestern morgen ein Eisenbahnzug in eine Gruppe von Streckenarbeitern. 3 Arbeiter wurden sofort getötet und 18 schwer verletzt.

Gerhart Hauptmann als Mensch.

Von Konrad Haenisch.

Im neuesten Heft der „Globe“ behandelt Konrad Haenisch ausführlich die menschlichen Eigenschaften Gerhart Hauptmanns. Dann befaßt er sich mit der Weltanschauung des Dichters. Er schreibt:

„Hauptmanns Weltanschauung — um dieses großartige und abgegriffene Wort hier einmal zu gebrauchen — auf eine einheitliche Formel zu bringen, ist nicht leicht. Auch er ist, Gott sei Dank, kein ausgereiftes Vieh, sondern ein Mensch mit hohem Bewußtsein — ein Mensch zudem, dem nichts Menschliches fremd ist. Christlicher Mittelstandes und geistliche Schöngeistende, Fanatismus des Naturempfindens und frische naturwissenschaftliche Erkenntnis haben sich in Hauptmann zu einem Ganzen und harmonischen vereint. Mit Frauen istliche Gärten nicht erbeugen, unangenehm wie der Eisen, Eisen, Unbekannten, den Allen hinter allem wissen“, heißt es in „Geistlichen Frühling“.

Nicht die von den Theologen knäuelig ausgebildete „Dreieinigkeits“, sondern die rührende Gestalt Jesu Christi, des Götters, des Heilsbringers, ist es, die Hauptmanns unerschütterlich mit dem Christentum verknüpft sein läßt. Wieder möge eine Stelle aus dem „Geistlichen Frühling“ sein Zitiertes anzuordnen. „Es ist unangenehm, daß ein bis ins Innerste religiös erregter, natürlich erregter Mensch immer auf die Gestalt des Heilandes hoffen muß. Und dies war mir und ist mir noch jetzt jeder Gestalt der Hauptmanns stets unerschütterlich beglückend. Etwas wie Himbeere, etwas wie Hoff und Deliquis ist mir im gleichen Weg zu haben und etwas wie der gleiche, immer noch ungeklärte Dasein.“

Rechtens befaßt sich Hauptmann viel und gründlich mit dem Leben und der Lehre des Buddha; auch hier ist mir das erhabende Beispiel, das im Buddhaismus lebendig ist, der Hauptmann in sich zu haben, der Hauptmann so ganz und ganz ist — Schon in „Geistlichen Frühling“ klingen diese gewisse buddhistischen Gedanken an:

... Weltweisheit ... Und Religion hat einen tiefen Sinn gemeinsam: den, Mit Gleichmut uns zu waschen; eine Lehre: Die, daß in Gottes Willen zu verankern, Ganz willenlos.“

So kündigt Hauptmann, der Mensch und der Dichter, rüstig den neuen Mann zu, zu denen ein neuer Tag ihn löst.

Manche Gabe dürfen wir vom lebenden Jahrzehnt seines Lebens noch erwarten: Vor allem seines „Till Galenspiegel“, dann eine Unga-Dichtung, die Hauptmann schon viele Jahre hindurch begehrt, und an der er vornehmlich in seinen Hinderen Herbitmothen zu arbeiten pflegt. Gedächtnis eine große Tranndichtung in Versen. Die wenigen, die das Glück gehabt haben, aus Hauptmanns Hände etwas von ihr kennen zu lernen, erwarten von dieser Dichtung Höchstes und Bestes.

So dürfen wir erwarten, daß des Dichters Herbst zugleich ein neuer, ein dritter Frühling wird — eine Zeit neuer Wührens zugleich und eine Zeit der Gelächers. Die ersten Früchte dieser Reife: „Der Keger von Soana“, „Anna“, „Der weiße Heiland“ und „Des Dichters“, erfüllen uns mit froherer Zuversicht.

Ein Wort Goethes heißt: „Was man in der Jugend sich wünscht, das hat man im Alter die Güte.“ Wie für Deutschlands größter Dichter, so gilt dies Wort auch für den unter Deutschen Dichtern, der Goethe am nächsten kommt, der sich mehr als ein anderer in Goethe verankert hat und dessen Jüge sich auch äußerlich in jenem Naturgefühl, denen des Großen von Weimar immer noch annehmen. Wie Goethe, so ist auch unserm Gerhart Hauptmann ein in großer und hoher Linie zur Höhe führender Dichtung begeben. In einem seiner angehenden venedigischen Epigramme dankt Goethe den Göttern, den Freunden des Dichters dafür, daß sie ihn in solcher Götter gemessen, wessen er bedarf. „Gedächtnis freundlich Rede, dann leidlich zu einem; zu trinken zu ... geistliche Freude, verdanklich zu schmecken“, neben anderen auch ein „reines Geist“ für das, was die Menschen im Körper getan“ und endlich „Nehmen im Kopf“. Goethe äußert: „Wer hat den glücklichsten Menschen ebenfalls festgestellt, denn die Götter des weiße mit Leben.“

Ähnliches darf auch Hauptmann von sich sagen. Auch er ist unter einem glücklichen Stern geboren. Sein Jugendtraum aus dem „Promethidenlos“:

„Ein Dichter sein mit Strahlentanz und Krom,
Bei dessen Tönen läuft die ganze Welt.“

Dieser Jugendtraum ist Gerhart Hauptmann über Erwarten und Hoffen in Erfüllung gegangen.

Wie Zwerghäuser entstehen. In Ostafrika, besonders in Japan, ist die Zucht von Zwerghäusern bekanntlich so sehr beliebt, daß man ganze Gärten aus solchen Baumzweigen anlegt, mit witzigen Zeichen und Brücken und allerhand anderem niedlichen Schmuck. Den Europäer, der diese Puppengärten sieht, kommt nun auch oft die Lust, sich so ein zierliches Bäumchen heranzuzüchten, aber er weiß nicht, wie er es anfangen soll, und erfährt es auch schwer, da die japanischen Züchter mit ihren Geheimnissen gewöhnlich nicht gern herausgeben. Die ganze Kunst der Zwerghauszucht besteht, wie ein Bericht Graebners neuerdings berichtet, in dessen nur darin, daß man die Bäume, die natürlich im Loff gezogen werden müssen, in den ersten Jahren sorgfältig beaufsichtigt, damit sich kein zu starker Trieb entwickeln kann. Die Bewässerung der Zwerghäuser muß von Anfang an so knapp wie möglich bemessen sein. Dann muß das Bäumchen in möglichst kleinem Loff gezogen werden. Sobald der erste Sprößling erscheint, schneidet man seine Spitze ab, so daß er nun schwächere Seitentriebe bilden muß, wie überhaupt alle kräftigen Triebe schon als Knospen entfernt werden müssen, wogegen die schwachen Triebe erhalten werden. So kommt es, daß der Baum zierlich klein bleibt, wodurch auch die Holzentwicklung auf das geringste beschränkt werden kann. Umherbringt notwendig ist es ferner, das Bäumchen von Zeit zu Zeit häufig zu pflanzen. Das geschieht in der Weise, daß man, sobald der Loff ganz durchwurzelt ist, die Pflanze in einen etwas größeren Loff verpflanzt, und zwar so, daß die Wurzeln nunmehr höher liegen als vorher. Nach mehrmaligem Höherpflanzen sieht das Bäumchen aus, als ob es auf Stelzen stünde, wie denn sein Aussehen immer fruchtiger und eigenartiger wird. Daß ein auf solche Art jeder Entwidlungsmöglichkeit beraubter Baum kein bleiben darf, liegt auf der Hand.

Demokratisierung der Justiz.

Der Gesetzentwurf zur Neuordnung der Strafgerichte.

Die Reform der Strafrechtspflege, die sich unter dem alten System in hilflosem Schwebendempo vorwärts bewegte, scheint jetzt in der Republik, dank der tatkräftigen Arbeit des Genossen Raab, rasch ihrer Verwirklichung entgegenzugehen. Wie die *ggM.* hören, wird der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs noch innerhalb des laufenden Monats fertiggestellt werden, der Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte ist bereits dem Reichsrat zugegangen. Dieser Entwurf bringt eine völlige Umgestaltung der bisherigen Organe der Strafrechtspflege, er zieht die Laien in weit stärkerem Maße heran, beseitigt die nur aus Berufsrichtern zusammengesetzten Strafkammern und demokratisiert gleichzeitig die Auswahl der Laienrichter.

Der augenblickliche Rechtszustand ist folgender: Die leichten Sachen kommen an die Schöffengerichte, die mittelschweren an die Strafkammern, die ganz schweren an die Schwurgerichte. Die Schöffengerichte bestehen aus einem Berufsrichter als Vorsitzenden und zwei Laienrichtern als Beisitzern. Gegen ihre Urteile ist in jedem Falle Berufung an die Strafkammer möglich, die nur aus Berufsrichtern besteht. Diese entscheidet also in höherer Instanz auch über die Schöffengerichtssachen, während in den Fällen, wo die Strafkammer als erste Instanz entscheidet, Berufung nicht zulässig ist. Die ganze Fülle der leichten und mittelschweren Strafsachen unterliegt also der tatsächlichen Entscheidung der Strafkammern. Ausgenommen sind nur die Schwurgerichtssachen. Ueberdies wurden Schöffen und Geschworene bisher nach einem verwickelten System ausgesucht, das bis zur Revolution die Arbeiter vom Laienrichtertum völlig, seit der Revolution mindestens vom Schöffentum — ausschloß. (Ueber Einzelheiten vergleiche die Schrift „Warum verjagt die Justiz“, Verlag für Sozialwissenschaft.)

Das neue Gesetz behält die Schwurgerichte für schwere Strafsachen bei und zieht sonst als Gerichte erster Instanz das kleine und das große Schöffengericht vor. Das kleine Schöffengericht besteht wie bisher aus einem Berufsrichter und zwei Laienbeisitzern, das große Schöffengericht aus zwei Berufsrichtern und drei Laienbeisitzern. Der Aufgabenkreis dieser beiden Gerichtstypen entspricht ungefähr dem bisherigen Schöffengericht einerseits, der Strafkammern andererseits. Gegen die Urteile sowohl der kleinen wie des großen Schöffengerichts soll Berufung zulässig sein, so daß — abgesehen von Schwurgerichtssachen — die Berufung gegen alle Urteile erster Instanz durchgeführt ist. Die Berufung geht stets an die Strafkammer. Diese besteht aber nicht mehr wie bisher aus fünf Berufsrichtern, sondern ebenso wie das große Schöffengericht aus zwei beamteten Richtern und drei Laien.

Gleichzeitig wird die Auswahl der Schöffen und Geschworenen neu gestaltet. Der Amtsrichter und der Staatsverwaltungsbearbeiter sind als Stimmsführer aus dem Ausschuss aus, der die Schöffen und Geschworenen wählt. Der Amtsrichter bleibt im Ausschuss, aber nur um den Vorstoß zu führen und die Entscheidungen des Ausschusses vorzubereiten und auszuführen. Die Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen sollen wie bisher von Selbstverwaltungskörperschaften gewählt werden. Die Wahl des Ausschusses soll ebenso, wie es der Wahlkörper selbst ist, durch Verhältniswahl herbeigeführt werden. Auf diese Weise wird der Ausschuss ein genaues Abbild der Bevölkerung des Amtsgerichtsbezirks. Der Ausschuss soll aber lediglich nach der Eignung zu unparteiischer Rechtsfindung die Schöffen und Geschworenen wählen. Deshalb muß der Ausschuss die Schöffen und Geschworenen einstimmig wählen. Ist eine solche Einstimmigkeit nicht zu erreichen, so kann jedes Ausschussmitglied soviel Personen vorschlagen, als noch an der erforderlichen Zahl von Haupt- und Hilfschöffen fehlen, und es entscheidet unter den Vorschlägen dann das Los. Genau in derselben Weise wie die Schöffen sollen in Zukunft die Geschworenen gewählt werden. Die bisherige Mitwirkung des Landgerichts bei der Auswahl der Geschworenen fällt fort. Die Tätigkeit des Amtsrichters und des Landesgerichtspräsidenten beschränkt sich in Zukunft darauf, aus der Jahresliste der Schöffen die Reihenfolge, in der die einzelnen an den Sitzungen teilnehmen, und aus der Jahresliste der Geschworenen die Spruchliste für die einzelne Tagung des Schwurgerichts auszulösen. Der vermehrte Bedarf an Laienrichtern wird infolge der Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt gedeckt werden können.

Der Gesetzentwurf zur Neuordnung der Strafgerichte paßt ferner das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozessordnung dem neuen Verfassungsrecht an. In engem Zusammenhang mit dem Entwurf steht der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes, das dem Reichsrat in den allernächsten Tagen zugehen wird, und der vom Reichstag bereits beschlossene Gesetzentwurf über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen.

Der Entwurf erfüllt zwar nicht alle Forderungen, die von der Sozialdemokratie zur Demokratisierung der Rechtspflege gestellt werden, aber seine Durchführung würde gegenüber dem heutigen Zustand, einen beträchtlichen Fortschritt bedeuten und das auf den Rückpunkt gefunkene Vertrauen der Bevölkerung zu dem heutigen Rechtspflegeorgan wieder um einiges heben. Jedenfalls würden sich die massenhaften Fälle tendenziöser Fehlurteile, die wir heute beklagen, unter dem neuen Zustand sehr verringern.

Alte und neue Dolchstoßlegenden.

Da die Dolchstoßlegende von 1918 zu gründlich abgetan und widerlegt ist und sogar ihr angeblicher Vater, der englische General Maurice seine Vaterhaftigkeit energisch geleugnet hat, so versucht es die „Tägliche Rundschau“ mit älteren Dolchstoßlegenden, die sie Jahrzehntelang auf Eis hat lagern lassen. Aus dem völlig unwahrscheinlichen und tendenziösen Geschichtswerk von Hans Blum werden einige Behauptungen zusammengefaßt, die beweisen sollen, daß die Sozialisten schon vor einem Menschenalter auf die Niederlage Deutschlands im Kriege gegen Frankreich hingearbeitet hätten. Der französische General Boulanger habe im Jahre 1887 Millionen an deutsche Sozialdemokraten gezahlt, damit diese in dem von Boulanger betriebenen Kriege Frankreichs gegen Deutschland im Rücken des deutschen Heeres die Revolution entfachten. Die Namen der bestochenen Sozialisten kennen man leider nicht... Natürlich stimmt diese Art, Beschuldigungen so allgemein aufzustellen, daß der angegriffene Teil sich nicht verteidigen kann, nur rein zufällig mit den typischen Verleumdungsmethoden überein.

Wie weit die Verdrehungskunst der „Tägl. Rundschau“ geht, dafür nur das Beispiel, daß Wilhelm Liebknechts Wort vom 11. November 1888: „Greift Frankreich an, dann ist der letzte Sozialdemokrat verpflichtet zu marschieren“, als Beweis dafür zitiert wird, daß die Sozialdemokraten Deutschland in den Rücken fallen wollten! Es gibt eine Winkeladvokatengerissenheit, die immer recht behält. Aber mit der debattiert man nicht.

Gegen das Bestechungsunwesen.

Der Reichsernährungsminister Fehr hat an die Landesregierungen ein Schreiben gerichtet, das sich mit dem in der Volkseinkaufsstellenbestehenden Bestechungsunwesen beschäftigt. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„In mehreren Strafprozessen des letztvergangenen Jahres ist festgestellt worden, daß Volkseinkaufsstellen für die Abgabe von Trinkmilch oder von Milchzuckerzusätzen sich von den abnehmenden Stellen persönlich Vorteile haben gewähren lassen. Die Beweisaufnahme dieser Prozesse hat es glaubhaft gemacht, daß dieser unzulässige und strafbare Bezug von Provisionen und sonstigen Zuwendungen seitens der Volkseinkaufsstellen in größerem Umfang vorkommt und daß manche Trinkmilchempfangsstellen nur bei Gewährung einer Provision an die Volkseinkaufsstellen auf hinreichende Milchlieferung rechnen zu können glauben.“

Ich empfehle, die beteiligten Kreise warnend auf diese Mißstände und Gefahren hinzuweisen, durch die ein für die Ernährung der Kinder und Kranken unentbehrliches Nahrungsmittel in strafbarer Weise dadurch verteuert wird, daß ein Teil der mit der Verwaltung der Volkseinkaufsstellen betrauten Personen seine Stellung dazu mißbraucht, um sich persönlich in ungesetzlicher Weise zu bereichern...“

Die Berechtigung dieses Schreibens ergibt sich u. a. aus folgendem: Der Volkseinkaufsdirektor Schünemann in Coblenz wurde zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er hohe Bestechungsgelder angenommen hat. Die noch feststellbaren Bestechungsgelder im Betrage von 105 000 Mark, die er während eines halben Jahres vereinnahmt hätte, wurden beschlagnahmt. Schünemann, der ohne Vermögen in Coblenz eintrat, besaß bei seiner Verhaftung ein Vermögen von 825 000 Mark. Der Verwalter Röhe wurde wegen Preistreiberie zu 5 Monaten Gefängnis und wegen passiver Bestechung zu weiteren vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte 1919 und 1920 bei einer jährlichen Produktion seiner Genossenschaftsmolkerei von 2 1/2 Millionen Liter Milch 728 000 Mark Ueberpreis genommen und außerdem noch 163 000 Bestechungsgelder in seine Tasche gesteckt. Der Verurteilte hatte durch sein Verhalten lange Zeit hindurch die ganze Milchwirtschaft des Kreises Sipplad in Unordnung gebracht.

Die Bestechungsgelder werden selbstverständlich auf Kosten der Konsumenten gezahlt. Es ist deshalb erbaulich, daß sich der Reichsernährungsminister der unerhörten Selbsttate an der Volksgesundheit angenommen hat.

Eine neue Zeitschrift, in Baden-Baden erscheint demnächst eine neue Halbmonatschrift „Der Weg“. Die erste Nummer soll am 15. September zur Ausgabe gelangen. „Der Weg“ will literarisch-wertvolle Aufsätze erster deutscher Politiker und Schriftsteller bringen, die dem Zweck dienen, den freistaatlichen Gedanken in die Reihe der Jugendbewegungsgruppen zu tragen und außerdem den Gedanken der Jugendbewegung im allgemeinen unter die große Masse des deutschen Volkes zu verbreiten.

Deutsch-englische Rundgebung.

Englische Arbeiterführer in Berlin.

SPD. Berlin, 21. August.

Die Berliner Gewerkschaftskommission veranstaltete am Sonntag gemeinsam mit dem Ortsrat des Ufa-Bundes und den beiden sozialistischen Parteien in der Brauerei Friedrichshain eine deutsch-englische Friedensrundgebung, an der mehrere bekannte Engländer teilnahmen. Sabbath von der Berliner Gewerkschaftskommission erklärte: Die deutsche Arbeiterschaft sei gewillt, den wahren Völkerverfrieden herbeizuführen, den Europa leider heute noch nicht habe. Als erster englischer Redner sprach Maddison, der betonte, daß die englische Kommission nicht als die Repräsentantin eines im Kriege siegreichen Staates nach Deutschland kam, sondern mit dem aufrichtigen Wunsch, in Gemeinschaft mit dem deutschen Volke eine neue Ära einzuleiten, in der das Gesetz der brutalen Gewalt durch die Herrschaft vernünftiger Gesetze ersetzt werde. Lußer einem Engländer sprach dann noch der Genosse Franz Krüger, der betonte, daß der Völkerverbund von jeher ein Ziel der Arbeiterschaft gewesen sei. Der Unabhängige Dr. Breitscheid erinnerte u. a. an die Liebestätigkeit der englischen Quäker und sprach die Hoffnung aus, daß die englischen Gewerkschaften drüben die Auffassung zerstreuen würden, daß es dem deutschen Volke gut gehe. Bei aller Sympathie für England dürfe man in Deutschland nicht vergessen, daß die breiten Massen Frankreichs ebenfalls die Verständigung mit Deutschland suchen, nur daß dort noch immer Mißtrauen in den dauernden Bestand der deutschen Republik vorhanden sei, ein Gefühl, das man verstehen könne, wenn man mit ansehen müsse, daß z. B. am Tage der Annahme der Gesetze zum Schutze der Republik am Gebäude der deutschen Botschaft in Paris das alte Wappen des kaiserlichen Deutschlands mit großer Sorgfalt angebracht worden ist.

Der „geistige“ Mittelstand.

Ober was der „Kolonialwarenhandel“ sagt.

Ein Freund unseres Blattes macht uns auf die „Deutsche Kolonialwaren- und Lebensmittel-Rundschau“ aufmerksam, das amtliche Organ des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, in dem über die Hauptversammlung dieses Verbandes ein ausführlicher Bericht veröffentlicht wird. Einer der Hauptredner auf dem Verbandstage war „Bürgermeister“ Dr. Eberle-Dresden, der über die Bedeutung der Individualwirtschaft für den Wiederaufbau Deutschlands zu sprechen hatte. Dieser Bürgermeister, sicher a. D., leistete sich folgende Unverfrorenheiten:

Nach der Revolution hat die neue Regierung dem Volk gesagt: „Ihr habt bloß halb soviel zu arbeiten und werdet dafür doppelte Löhne erhalten.“ Die Arbeit ist um 50 Prozent geführt, aber dafür wurde in der Weise bezahlt, daß die Mark bloß 50 Pf. wert war. Das ist die Wahrheit über unsere Währung. Es wurden Noten ohne Deckung ausgegeben. Die Wahrheit und Sittlichkeit verlangt, daß das gesunddenkende deutsche Volk gesagt hätte: Wir bringen die Reichsregierung, die Noten druckt und Schuldverschuldung gibt, für die sie keine Deckung hat, wegen Falschmünzerei ins Zuchthaus. (Lebhafter Beifall und Handclatschen.) Wie kommt es denn, daß das Ausland, das nach dem Friedensschluß noch Vertrauen zu uns hatte, jetzt unsere Mark so gering bewertet? ... Im Innern hat der Kampf zwischen Sozialismus und Bürgerium Formen angenommen, daß man denken könnte, wir hätten keine Sorge mehr um das Brot unserer Kinder, sondern nur darum, wer in die Ministerstühle kommt. (Beifall.)

In dieser Tonart behandeln die Wortführer des mittelständischen Handelns die weltwirtschaftlichen Probleme, und die Delegierten, die doch auch schon eine Auslese der Intelligenz darstellen, klatschen dazu jubelnd Beifall. Ob das „Geiz zum Schutze der Republik“ auch auf den Herrn Bürgermeister Eberle Anwendung finden kann, mögen die Juristen unterfragen. Er steht jedenfalls nicht allein auf zagender geistiger Höhe.

In Berlin erscheint nämlich zweimal wöchentlich ein anderes Blatt gleicher Richtung, die „Kolonialwaren-Woche“ als „unabhängiges Organ für die gesamten Interessen des Lebens- und Genussmittel-Handels.“ Auch dieses Blatt kollert mehr schlecht als recht eifrig gegen Reichsregierung und Reichsverfassung. Hierfür ein kleines Beispiel aus der Nummer 65 vom 16. August, in der es heißt:

„In diesen Tagen ging mit großem Aufwand von bunten Fahnen und vielen schönen Reden die Feier des sogenannten Nationalfeiertages vor sich. Vor drei Jahren wurde in Weimar die neue Reichsverfassung angenommen. Die Wiederkehr dieses Tages galt den deutschen Republikanern so viel, daß sie fordern, der 11. August solle Nationalfeiertag des deutschen Volkes werden. Man kümmert sich nicht im mindesten darum, ob das Volk in seiner Gesamtheit hiermit einverstanden ist. Man feiert fröhlich drauf los, denn man hat ja die Macht! Für den deutschen Mittelstand liegt ganz bestimmt kein Grund vor, den Tag festlich zu begehen, an dem die neue Reichsverfassung angenommen worden ist, denn für den Mittelstand besteht die Verfassung nur auf dem Papier...“

An anderer Stelle heißt es in dem gleichen Blatt: „Wie es mit dem durch die Verfassung gewährleisteten Schutze ausseht, haben wir ja oft genug erleben müssen, wenn der durch Ministerreden künstlich aufgeputzte Mob die Läden der Kleinhandlender plünderet.“

Diese Schreibweise, die kaum zu übertreffen ist, findet ihre Erklärung in der zum Schluß des Artikels gemachten Feststellung: „... daß Mittelstand und Demokratie zwei völlig gegensätzliche Begriffe“ seien.

Die Geisteshehden, die diese Verleurer von sich gaben, wollten augencheinlich den Beweis liefern für die These, die soeben von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ aufgestellt wird: „Die mittelständischen Schichten sind wirtschaftlich überhaupt kaum noch von nennenswerter Kraft und Bedeutung. Deshalb muß sich die Masse der Arbeiterschaft an den Gedanken gewöhnen, daß nun ein Großteil der Aufgabe, uns wirtschaftlich zu rangieren, bei ihr liegt.“

Republikanisches Deutschtum im Ausland.

Lange genug hat es gedauert, bis den zum Teil schlecht unterrichteten, zum Teil durch die monarchistische Propaganda der nach dem Kriege in der Welt umherreisenden Generale gegen die Deutsche Republik ausgehehen Auslandsdeutschen ein Licht über die wahre Lage Deutschlands, über die Bedeutung und über den wahren Charakter der Deutschen Republik aufging. Besonders aus Süd-Amerika kamen immer wieder Meldungen über feindseliges Verhalten der Auslandsdeutschen gegenüber dem neuen Deutschland. Nunmehr aber scheint sich das Blattchen gewendet zu haben. Auch die Reichspresse hat bereits etwas davon bemerkt und deshalb beiläufig die „Deutsche Tageszeitung“ den „Urwaldsboten“ in Blumenau (Brasilien) zu zitieren. Der „Urwaldsbote“ erklärt, ein Reichsfunkler, der mit den waterlandslosen Gesellen der Unabhängigen partiiere, sei für das Auslandsdeutschtum erledigt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ mag sich trösten. Zitate wie das aus dem „Urwaldsboten“ sind nichts neues. Neu ist aber, daß trotz der Feinde gewisser deutscher Zeitungen in Südamerika und besonders in Argentinien der republikanische Gedanke im Auslandsdeutschtum Fortschritte macht, während der Monarchismus im Abnehmen begriffen ist. So wird aus Buenos Aires gemeldet, daß dort die stark behudete Verfassungsfeier der deutschen republikanischen Vereinigung in Anwesenheit des Gesandten Pauli einen glänzenden Verlauf nahm. Zu gleicher Zeit erfahren wir, daß der „Deutsche Volksbund für Argentinien“, bekannt durch seine monarchistische Propaganda, völlig auf den Hund gekommen ist. Die Kasse des Volksbundes ist leer, die Mitglieder verlaufen sich. Der ganze Volksbund ist, wie die „Neue deutsche Zeitung“, das deutschrepublikanische Organ für die La Plata-Staaten hervorhebt, soweit distanziert, daß kein Mensch im ganzen Lande ihn noch ernst nimmt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. August.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	21. August.	19. August.
Amsterdam	100 fl.	45692.80 48739.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	8878.85 9508.10
Kristiania	100 Kr.	20424.40 21672.55
Kopenhagen	100 Kr.	25368.25 27066.10
Stockholm	100 Kr.	31061.10 33108.55
Helsingfors	100 finn. Mk.	2581.80 2586.75
Rom	100 Lire	5303.85 5652.90
London	1 £	3253.40 3602.95
New York	1 Doll.	1168.62 1250.93
Paris	100 Frs.	9368.25 9987.50
Zürich	100 Frs.	22922.05 23885.10
Madrid	100 Pesetas	18327.05 19635.40
Wien	100 K.	1.43 1.55 1/2
Prag	100 K.	3545.55 3755.30
Budapest	100 K.	67.41 75.90

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 21. August: D. Bürgermeister Larenz von Burgstaaken in 4 Stb., D. Waisen von Helsingfors in 3 Tg., 22. August: D. Lerman von Malmö in 16 Stb., D. Robert Bornhofen I von Flensburg in 1 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Ämtlicher Teil.

Handelsregister.

Am 21. August 1922 ist eingetragen bei der Firma: **Treuhand-Gesellschaft beschränkter Haftung, Lübeck.** Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Alfred Fischer ist beendet. Der Buchhalter Carl Christian Heinrich Weichol in Lübeck ist zum Geschäftsführer bestellt. (5924) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Nachdem das Reichsschiedsgericht für die Regelung der Landarbeiterlöhne in der Provinz Schleswig-Holstein und im Landesteil Lübeck am 12. d. M. einen neuen Schiedspruch gefällt hat, geben wir auf vielfachen Wunsch bekannt, welcher Lohnstufe die nachstehend aufgeführten Versicherer zugeteilt sind und welcher Beitrag ab 21. August 1922 zu zahlen ist.

Landarbeiter	Lohnstufe	wöchentlicher Beitrag
1. Gutshandwerker und Gärtner, Metzgereiwalter, Tierzuchtmeister, Forstarbeiter, Freiarbeiter, Deputatknächte u. verh. Landarbeiter sowie letztere vollwertige Arbeiter sind...	XV	48,80 M.
2. Landwirtschaftl. Arbeiterinnen	VI	12,96
3. Melkfrauen	V	10,80
4. Knächte bis 18 Jahre	IX	19,44
Knächte über 18 Jahre	X	21,60
5. Dienstmädchen bis 18 Jahre	VIII	17,28
Dienstmädchen über 18 Jahre	IX	19,44
6. Beschöhrner	XIII	37,80

Sandfrankenliste für die Provinz Lübeck. (5925) Der Vorstand.

Nichtamtlicher Teil.

Gustav Kluge
Frieda Kluge
geb. Nagel
Bermühle.
Für erwiesene Aufmerksamkeit danken herzlich (5929) D. O.

Kräftiger Hausbursche
zu sofort gesucht. (5918) Carl Weicher, Untertrave 18.
Büroangeh. i. Beschäftigung. Angeb. unt. A 342 a. d. Exp. (5923)

Böttcher

Heilen sofort ein (5937)
Säbeler Prälimen- und Konfektfabrik, G. m. b. H.
Bad Schwartau.

Der Chorverein Lübeck sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen energischen

Chormeister.

Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis zum 31. August zu richten an (5940)
W. Meins, Lübeck, Voignystr. 10, I.

Zugelassen ein jg. Hund. (5922) Kottwitzstr. 42 II, I.

Eine Hundehalskette mit Steuer-Nr. 3974 verl. G. Bel. ab 3. Wilsdorfstr. 29, p. (5930)

Die Kunst der freien Rede.

Von Fritz Müller.
Mark 12.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Es bleibt dabei!

Für Gold-, Silber-, Platin-, Doublé, Sachen und Bruch, Gebisse, Zähne, Becke, gold-, silb., Uhren, Münzen

Westfaling

Hoistensstraße 32
doch die höchsten Preise!

Läuse,

Wanzen, Flöhe, Ungeziefer vertilgt sofort bei Mensch u. Tier. 100.000 mal bewährt. „Riesolida“, orig. gesch. Verf. (5928) H. Wiese, Regeldienstr. 4.

Die Waisen Jakob

III. B.—
Buchhandlung
F. Meyer & Co.,
Johannisstraße 43.

Frische Margarine weit unter Fabrikpreis.

100.—, 110.—, 120.—, 130.—, 140.— Pfd. u. 2 Pfd.
Lübecker Margarine-Centrale (5919)
Holländstr. 6, Marktstraße, Warenvorratshaus.
Schlump. Westl. Str. 28. Bad Schwartau.

Ankerlin

Bestes Schulputz
H. Stapelfeldt,
Krempelbörger Allee 80.

Brennmann's Edelmetall-Ankaufsstelle
Lübeck 3 Rostock
Kupfer- und Silber- Fernsprecher 8288
Konkurrenzlose Preise
zahlen wir täglich für (5926)
Gold-, Silber-, Platin-, Sachen, Gebisse, Doublet, Schmuckfächer aller Art.
Besonders weisen wir darauf hin, daß wir jede Konkurrenz überbieten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (5938)
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung der Kohlenplagarbeiter am Mittwoch, 23. Aug. abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Vericht von der Lohnverhandlung.
Die Ortsverwaltung.

Millionenfach erprobt
Salamba
Wäscht sparsam, bequem und schnell
Schumann & Witz, Wirsenerberg.

Kammerlichtspiele

Königstraße 25
Ab Freitag, den 18. August:
Erstaufführung!
Vorstellung des großen amerikanischen Filmwerks: (5938)
Seepiraten 3. Teil
Ein Kampf um Leben, Liebe u. Ehre, 36 Akte.

Ernie Polo
6 Episoden, 6 Akte.
Opfer der Piraten
Als zweiter Schlager:
Geschwister Borelly.
Eine Zirkustragödie in 5 Akten.
Außerdem:
Baby auf Reisen.
Reizendes Lustspiel in 2 Akten.
Sonntags von 3 1/2 bis 11 Uhr.

Alexander Krock
Königsstraße 47
Spezialhaus in Lederwaren
Reisekoffer, Damentaschen

Ganz neu eingetroffen!

Der heitere Fridolin!
Halbmonatsschrift für Sport, Spiel, Spaß und Abenteuer.
Ein überaus lustiges Buch für die Jugend aller Jahrgänge. Buntfarbig reich illustriert auf vierundzwanzig Seiten.
Preis 300 Pfennig.
Buchhandlung
FRIEDR. MEYER & CO.
Lübeck, Johannisstraße 46.

Eulienlust. Morgen Tanz. Damen (5913)
Mittwoch Tanz. Eintr. frei.

Kolosseum Ball
Jeden Mittwoch und Sonnabend
Kassendf. 6 1/2 Uhr.
Heinrich Ohde.
(5914)

Hansatheater.
Heute Dienstag und folgende Tage abends 7 1/2 Uhr:
Das große Ereignis der Sommerspielzeit!
Der durchschlagende Erfolg
Alt-Lübeck
(Mit Lübecks goldne Lied)
Haupt gefangs schlager:
„Man geht nicht mehr zu Fuß.“
Man fährt per Omnibus mit Frau und Kinder nach Travemünde.
Lübeck
Lied, gedichtet von Hela Pester, komponiert von Dr. J. Fargem.
Gäste:
Martha Boursés, Hans Schilat, Adolf Trimbörn, Willy Schenk, Dir. Ernst Albert, Henry Vahl, Ella Loeb. (5917)

Circus
Corty-Althoff
Lübeck-Burgfeld.
Heute Dienstag abends 7 1/2 Uhr:
20 Sensationen ohne Pause 20
Der Eisenkönig
wird, an einen mit 25-30 Personen besetzten Wagen gefesselt, die Stränge der Pferde in den Zähnen haltend, diesen Wagen mit seinen Zähnen durch die Manege ziehen!
Musik. Elefanten
50 Pferde auf einmal in der Manege.
Morgen Mittwoch
2 große Vor- 2 Fesslungen 3 und 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorst. voll. Progr. Kinder bis 12 J. nachmitt. halbe Preise
Nach d. Vorstell. Straßenbahn am Circus. (5925)

Stadttheater Lübeck
Dienstag, 22. Aug., 7 U.:
Die natürliche Tochter hierauf: Demetrius.
Mittwoch, 23. Aug., 7.30 Uhr: Ab. D.
(5931)
Donnerstag, 24. August 7.30 Uhr: Ab. D.,
Hesspiegel.
Freitag, 25. Aug., 7.30 Uhr: Ab. D., Die Stimme von Fortici, Oper von Huber.
Sept. Festspielwoche
Platz- und Prospekt

Leser des Lübecker Volksboten!

Beehrt Euch bei Euren Einkäufen auf die Inserate des Volksboten!
Beerdichtigt bei allen Geldausgaben die Inserenten Eures Blattes in erster Linie!
Werbt ununterbrochen neue Abonnenten!
Unterstützt Euer Blatt bei allen Gelegenheiten!

Treffpunkt der Gewerkschaftsmitglieder ist das Gewerkschaftshaus
Vorzüge:
Preisw. Speisen u. Getränke
Zentrale Lage

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 22. August.

An die Inferenten!

Mit dem 21. August sind entsprechend der allgemeinen Teuerung weitere Preiserhöhungen für alle Buchdruckereizugnisse und Erzeugnisse des Zeitungsfaches in Kraft getreten. Wie die Zeitungen ganz Deutschlands, sind auch die Lübecker Zeitungs-Verlage genötigt, ihre Preise der allgemeinen Erhöhung entsprechend zu gestalten.

Es treten daher mit dem heutigen Tage veränderte Anzeigenpreise in Kraft, die aus dem Titelkopf der Zeitungen zu ersehen sind.

Lübeck, den 22. August 1922.

Der Lübecker Zeitungs-Verleger-Verein.

Verlag der Lübecker Anzeigen und Lübecker Zeitung.
Verlag des Lübecker General-Anzeigers.
Verlag des Lübecker Volksboten.
Verlag der Lübecker Neuesten Nachrichten.

Zur Amtsblattfrage.

Die Regelung der Amtsblattfrage hat bekanntlich zu einem Konflikt zwischen Senat und Bürgerschaft geführt, der nunmehr auf Beschluss des Senats durch einen Spruch des in der Verfassung vorgesehenen Vertrauensausschusses entschieden werden soll. Die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Blätter machen scharf gegen die sozialdemokratische Bürgerschaftsmehrheit Stellung, weil sie dafür eintreten, dass in dem einzigen hier erscheinenden republikanischen Organ, dem „Lübecker Volksboten“, die amtlichen Bekanntmachungen erfolgen sollten. Genosse B. Löwigt sagte zwar kürzlich in seinem Artikel über die Amtsblattfrage, dass bisher in seiner Stadt und in keinem Lande, in dem die Partei in der Volksvertretung die Mehrheit besitzt, ihr Parteiorgan zum Amtsblatt gemacht hat. Das mag bisher nicht geschehen sein, Bestrebungen in dieser Richtung sind aber im Gange. Ähnliche Forderungen werden nun auch in anderen Ländern erhoben. Das „Hamburger Echo“ veröffentlichte vor einigen Tagen einen Artikel: „Auf halbem Wege.“ Es schreibt:

Der preussische Minister des Innern hat angeordnet, daß die Anwendung politischer Kreisblätter in unpolitische zu erfolgen hat. Diese Anordnung ist durch eine entsprechende Entscheidung des Landtags veranlaßt worden.

Es ist gewiß richtig, daß die staatsfeindliche, reaktionäre Kreisblattpresse nicht mit den Geldern der Republik finanziert wird.

Aber warum bleibt man auf halbem Wege stehen, warum wird der Spieß nicht umgedreht? Würden die Anzeigen der Monarchie in konservativen Blättern veröffentlicht, so soll die Republik die ihren den republikanischen Zeitungen geben. Das liegt ebenfalls sehr im Interesse des neuen Staates, wie es ein Akt der Gerechtigkeit wäre.

Oppositionelle Blätter bekamen früher, mochten sie noch so vorbereitet sein, grundsätzlich keine Anzeigen der Verwaltungsbehörden. Landratsämter, Oberförstereien, Bauämter, Kirchenbehörden usw. veröffentlichten ihre Bekanntmachungen nur in den konservativen Blättern, die damit sozusagen von Staats wegen finanziert wurden.

Die Monarchie dachte nie daran, ihre Bekanntmachungen in unpolitischen Kreisblättern zu veröffentlichen, denn sie wußte genau, was sie an der monarchistisch-konservativen Presse hatte. Fühlt sich die Republik bereits so sicher, daß sie ihre republikanische Presse glaubt vernachlässigen zu können?

Auch unpolitische, rein praktische Erwägungen sprechen gegen amtliche Publikationsorgane. Bekanntmachungen sollen einem möglichst großen Personenkreis zugehen. Glaubte die Regierung wirklich, daß bei den heutigen Preisen amtliche Publikationsorgane Eingang in das Publikum finden. Müßten nicht viel-

mehr schon aus Sparamtheitsgründen die vorhandenen Publikationsmöglichkeiten unter Wahrung der politischen Interessen des neuen Staates ausgenutzt werden?

Hinein also mit den Bekanntmachungen der Republik in die republikanische Presse!

Achtung Betriebsräte, Betriebsobleute, Bundelegierte!

Am 1. Oktober beginnt die Bildungsarbeit für die B. R. werden folgende Kurse abgehalten:

1. Betriebsrätegesetz mit den dazu gehörigen Ausführungsgeetzen.
2. Volkswirtschaftslehre.
3. Privat- oder gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsform, oder Betriebslehre.

Werbung zur Teilnahme, zu der auch die Arbeiter- und Angestelltenratsmitglieder berechtigt sind, werden bis zum 15. September im Gewerkschaftssekretariat entgegengenommen. Spätere Meldungen bleiben unberücksichtigt. Die Vorsitzenden der B. R. nehmen ebenfalls die Meldungen ihrer Kollegen an und haben sie der B. R.-Zentrale zu übermitteln. Wer sich zum Unterricht meldet, hat die Pflicht, ständig daran teilzunehmen. Wer glaubt, nicht die genügende Zeit zu haben, melde sich nicht. Nur der fortlaufende Unterricht bringt Vorteil.

Die Betriebsrätezentrale.

Der Reichstaxi für das Baugewerbe ist, wie verschiedene Blätter melden, von den Parteien unterzeichnet. Damit hat die langgestrichene Ferienfrage für die Bauarbeiter, wenn auch nicht nach deren Wünschen, eine Regelung erfahren. Jeder unter nach dem Tarifvertrag fallende Arbeiter hat einmal innerhalb 12 Monate Anspruch auf Ferien (Beurlaubung unter Fortzahlung des Tariflohnes), und zwar für das Jahr 1922, wenn er mindestens 40 Wochen gearbeitet hat, 3 Tage, und für das Jahr 1923 4 Tage, wenn er mindestens 36 Wochen in demselben Unternehmen ununterbrochen gearbeitet hat. Ferner werden die Entschädigungen für Lehrlinge, die in manchen Tarifgebieten im Rückstande geblieben sind, in dem Tarifbeschluss geregelt.

Verichert euch genügend! Mobilien, Hausgeräte, Kleiderstücke, Wertgegenstände haben heute mindestens den hundert- bis zweihundertfachen Wert wie vor dem Kriege. Auch für alte und nützte Gegenstände gilt das Entsprechende. Heute sind 90 Prozent aller Vericherten ungenügend versichert. Das bedeutet, daß wenn sie durch Feuer oder Diebstahl Schaden erleiden, sie mit einer ganz geringen Entschädigung abgefunden werden. Wer nur den dritten Teil des Wertes versichert, erhält, wenn ihm eine Zimmereinrichtung verloren, die 30 000 Mk. wert ist, nur höchstens 10 000 Mk. und kann sich also unter Umständen keine neue Einrichtung anschaffen. Darin liegt eine außerordentlich große Gefahr! Man schließe daher sofort eine Nachversicherung ab! Das geschieht am einfachsten und vorteilhaftesten durch den Konsumverein bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Auch wer anderweitig versichert ist, kann dort nachverfahren.

Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 200 000 Mark. Der Zentralverband der Angestellten hat mit den übrigen Afa-Verbänden das Reichsarbeitsministerium unter Hinweis auf die fortwährende Geldentwertung gebeten, auf dem Verordnungswege die Erhöhung der Versicherungsgrenze vorzunehmen. In der Eingabe wird eine Herabsetzung der Krankenversicherung von 72 000 auf 200 000 Mark und der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung von 100 000 Mk. auf ebenfalls 200 000 Mk. beantragt.

Entschädigung für Schöffen und Geschworene. Bis jetzt war es ein unbilliger Zustand, daß die Arbeiter, welche zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen berufen wurden, die verfallene Arbeitszeit nicht ersetzt bekamen. Infolgedessen bestand die Gefahr, daß mit der Zeit wohl die Arbeiter von dem Recht der Nr. 6 des § 35 des Gerichtsverfassungsgesetzes Gebrauch machen würden, das heißt, glaubhaft machen, daß sie den mit der

Ausübung des Amtes eines Schöffen verbundenen Aufwand nicht tragen könnten und deshalb eine Berufung als Schöffe ablehnten. Dem hat man durch Gesetz vom 4. Juli 1922 (Reichsgesetzblatt Teil 1, Nr. 50, S. 561) Rechnung getragen. Der § 55 GGW. hat eine Fassung erhalten, wonach die Schöffen eine angemessene Entschädigung für den ihnen durch ihre Dienstleistung entstehenden Verdienstausfall und den mit der Dienstleistung verbundenen Aufwand sowie Ersatz der Fahrtkosten erhalten. — In einer Verordnung vom 8. Juli 1922, die die Reichsregierung im Anschluß an dieses Gesetz veröffentlicht, werden die Entschädigungssätze festgelegt. Danach erhalten Schöffen und Geschworene als Entschädigung für den ihnen durch ihre Dienstleistung entstehenden Verdienstausfall für jede angefangene Stunde der durch Dienstleistung verkürzten Arbeitszeit einen Betrag von 5—25 Mark. Der letztere Betrag ist aber bereits durch eine Verordnung vom 29. Juli 1922 mit Wirkung vom 31. Juli 1922 auf 45 Mark erhöht worden. Die Entschädigung wird für höchstens 10 Stunden für den Tag gewährt. Daneben wird als Entschädigung für den mit der Dienstleistung verbundenen Aufwand gemäß § 2 der Verordnung vom 8. Juli 1922 in den besonders teuren Orten 40 Mark, im übrigen 30 Mark für jeden Tag der Dienstleistung gewährt. Ist Nachtquartier notwendig, erhöht sich die Zulage in Höhe von drei Vierteln der Aufwandsentschädigung. — Personen, die am Sitzungsort wohnen, erhalten nur die Hälfte der Aufwandsentschädigung. Ueber die zu vergütenden Fahrtkosten enthält die Verordnung noch nähere Bestimmungen. Gesetz und Verordnung sind bereits mit dem 31. Juli 1922 in Kraft getreten.

Hilfe für die Alten. Die vor kurzem ausgesprochene Bitte an die Landleute, Gärtner und Garteninhaber, von dem, was sie ernten, einen Teil gelegentlich als Liebesgabe für die notleidenden Alten zu opfern, ist nicht, so schreibt man uns, vergebens gewesen. Schon sind bei der Zentrale für private Fürsorge, Johannisstraße 49, Liebesgaben in Kartoffeln und Gemüse eingetroffen. Soll aber wirklich eine fühlbare Hilfe durch solche Liebesgaben erfolgen, so müssen noch viele andere diesem guten Beispiel nachahmen. Die große Not der Alten in dieser schweren Zeit sollte die Herzen dazu willig machen!

Die Zentrale für private Fürsorge teilt uns mit, daß sie sich angesichts der immer größer werdenden Not entschließt, schon gleich mit dem Verkauf der eingelieferten Handarbeiten und Antiquitäten zu beginnen. Annahme der Gegenstände und Handarbeiten, die sich für den Verkauf eignen, Montags und Donnerstags von 2½—5 Uhr, Johannisstraße 49, Zimmer 3.

Die Fürsorgestelle für Geschlechtskranke, die die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte errichtet hat, ist vom Allgemeinen Krankenhaus nach Düvelstraße 21, Ecke An der Mauer, verlegt worden. Die Sprechstunden werden künftig nur Mittwochs abgehalten, und zwar für Frauen von 5½—6½ Uhr nachmittags, für Männer von 7—8 Uhr nachmittags. In der für das gesamte Staatsgebiet Lübeck errichteten Fürsorgestelle werden alle an einer Geschlechtskrankheit leidenden verheiratet verheirateten oder diesen wirtschaftlich nahestehenden Personen und deren Angehörige unentgeltlich und streng vertraulich untersucht und beraten. Behandelt wird in der Fürsorgestelle nicht. Die erste Sprechstunde findet am Mittwoch, dem 23. August d. J. statt.

Steigende Margarinepreise. Hamburger Blätter berichten: Infolge der rapiden Markterhöhung haben sich die Margarinefabriken gezwungen gesehen, ihre Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen. Die Fabrikpreise sind ab heute für die billigste 145 Mark, für die beste Sorte 170 Mark. Die Kleinhandelspreise werden sich dementsprechend für frühe Lieferungen auf ca. 180 Mark für die billigste und 190 Mark für die beste Sorte belaufen. Wo bleiben die Löhne und Gehälter bei diesen Preisen?

Erhöhte dänische Pögebühren. Das dänische Konsulat in Flensburg gibt eine Erhöhung der Gebühren für alle Passagiere zur Einfahrt und zum Aufenthalt in Dänemark bekannt. Danach betragen die Gebühren jetzt für einen Zeitraum von 14 Tagen neun Kronen, für 6 Wochen 13,50 Kronen, für drei Monate 22,50 Kronen, für sechs Monate 36 Kronen. Für eine einzelne Durchreise werden 4 Kronen erhoben. Die Gebühren sind in Reichsmark nach dem geltenden Umrechnungssatze zu erlegen. Eine Krone sind jetzt rund 250 Mark.

Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Keller.

10. Fortsetzung.

Der Saal erdröhnte auch bald von den Tritten und Sprüngen der Frechtenden und von dem Schalle der Waffen, und Landvogt lehnte dem Kapitän allmählich so heilig zu, daß er zu schreien begann; aber jener ließ plötzlich seinen Regen sinken und starzte wie verzaubert nach der aufgehenden Tür, durch welche die Tochter des Kapitäns, die schöne Wendelgard, mit einem Präsentiersteller voll Lilienblumen eintrat.

Das war nun freilich eine herrliche Erscheinung zu nennen. Ueber Vermögen reich gekleidet, wie es schien, die hohe Gestalt von Seide rauschend, trat doch alle Pracht zurück, vor der fetteren Schönheit der Person. Gesicht, Hals, Hände, Haare, alles von genau derselben weißen Hautfarbe, wie wenn ein paradiescher Mannor bekleidet worden wäre; dazu ein züchtlich schimmerndes Wagnis Haar, von dessen Seide jeder einzelne Faden hundertfach gewellt war; große dunkelblaue Augen, sowie der Mund schienen wie von einem fragenden Glanz, ja fast von selber Sorge zu geben, wenn auch nicht gerade von geistigen Dingen herrührend.

Als diese glänzende Person sich umschah, wo sie das Gläserbrecht abstellen könne, wies der Kapitän über die willkommene Unterbrechung erfreut, das Fenstergeimsie dazu an. Die jungen Männer aber begriffen sie mit derjenigen Höflichkeit, welche man einer solchen Schönheit unter allen Umständen schuldig ist. Sie entschloß sich, indem sie sich verneigte, mit einem anmutsvollen Räsel, welches den Ernst ihrer Blige durchbrach; dabei warf sie noch einen schüchternen Blick auf den erlauteten Salomon, welchen sie zum erstenmal im Hause sah. Der Papa jedoch holte verschiedene holländische kleine Schnäpse herbei und wußte mit dem Aufgeben derselben über die Fortsetzung des Waffenganges hinwegzuleiten.

Landvogt dachte auch nicht mehr daran, dem Kapitän Himmel und Erde zu tun; denn der in seinen Augen mit einem Schläge in einen Säuberer verwandelt, der goldene Schöbe behag und Glück über ihn aus den Händen schütteln konnte. Er machte ohne Bemerkung eine Wasserfahrt mit, die Himmel nach einem guten Weinerte verlor, und so ungewohnt ihm das unheimliche Gebären des Kapitän erkennen, war er jetzt gegen ihn die Duldsamkeit und Rücksicht selber.

Wollen das Herz voll ist, davon läuft der Mund über, und von der Unruhe kommt die andere. Um von der schönen Won-

delgard etwas sprechen zu hören, brachte er von der Zeit an ihren Namen mit behender Mühe, aber so heilföhrig und trocken als möglich, liberal auf's Tapet, und zu gleicher Zeit machte sie, die sonst noch so wenig bekannt gewesen, selbst von sich reden durch den Gesichtsausdruck, mit welchem sie eine ziemlich Menge Schulden kontrahiert haben sollte, so daß der unerhörte Fall eintrat, daß ein junges Mädchen, eine Bürgerstochter, am Rande eines schimpflichen Bankrottes schwebte; denn der Vater hieß es, verweigerte jegliche Bezahlung der ohne sein Wissen gemachten Schulden und bedrohte die mahnenden Gläubiger mit Gewalttaten, die Tochter aber mit Verstoßung.

Die Sache schien sich so zu verhalten, daß letztere, um für die Bedürfnisse des Haushaltes zu sorgen, und vom Vater ohne die nötigen Mittel gelassen, zum Sorgen ihre Zuflucht genommen und dann für sich selbst diesen kräftigen Ausweg so oft und immer öfter eingeschlagen hatte. Ihre Unerfahrenheit, mütterliche Verwahrheit und eine gewisse Naivität, wie sie solchen Ausnahmefällen gegenüber eigen ist, waren hierbei nicht ohne Einfluß gewesen, abzusehen davon, daß sie dem prächtigen Vater für sehr wohlhabend hielt.

Wie dem auch sei — so war sie jetzt in aller Munde; die Frauen klagen die Hände zusammen und erklärten, das jüngste Gericht nahe, wenn solche Phänomene sich zeigten; die Männer liehen es beim Untergang des Staates bewenden; die jungen Mädchen steckten heimlich die Köpfe zusammen und ergingen sich in den unheimlichsten Vorstellungen von der Unglücklichen; die jungen Herren gerieten auf ungeordnete und schlechte Späße, hielten sich aber mit erschreckender Vorsicht fern vom Hause des Kapitäns, so von der Gasse, wo es lag; die angeführten Kaufleute und Krämer liefen hin und her zu den Gerichten, ihre Klagen zu betreiben.

Nur Salomon Landvogt gedachte mit verdoppelter Leidenschaft in ihren Schulden trauernden Schönheit. Ein heißes Mitleid besetzte und erfüllte ihn mit unüberwindlicher Sehnsucht, wie wenn die Sünderin statt im Fegfeuer ihrer Not in einem blühenden Rosengarten läge, der mit goldenem Gitter verschlossen wäre. Er vermochte dem Drange, sie zu sehen und ihr zu helfen, nicht länger zu widerstehen, und als er eines Abends den Kapitän in einem Wirtschaftshaus fast vor Anker sah, ging er rasch entschlossen hin und zog am Hause der Wendelgard kräftig die Glocke. Die Magd, welche aus dem Fenster guckte, und nach seinem Begehre fragte, entgegnete er barock es sei jemand vom Stadtgericht da, der mit dem Kräullein zu sprechen habe, und er wählte diese Einführung, um damit jedes unnütze Gerede und anderweitiges Aufsehen abzuschneiden. Freilich erschreckte er die Herrin nicht wenig damit; denn sie trat ihm ganz bloß entgegen und ersuchte dann ebenfalls, als sie ihn erkannte.

In größter Verlegenheit und mit einer zitternden Stimme, der man Furcht und Schrecken wohl anmerkte, hat sie ihn, Max zu nehmen; denn sie war so unbetont und verlassen, daß sie keine Ehrsticht in den Gang der Geschichte besah und vermutete, sie würde jetzt in ein Gefängnis abgeführt werden.

Raum hatte Landvogt aber Platz genommen, so wechselten die Rollen, und er war es nun, der für seine Eröffnung nur schwer das Wort fand, da ihn das schöne Unglück vornehmer und höchstehender dünkte, als ein König von Frankreich, der immerhin die Eidgenossen grunds amts nennen mußte, wenn er ihnen das Blut abkaufte. Endlich tat er ihr mit der Haltung eines Schuldschuldenden kund, was ihn hergeführt; das machende Woffgefaller, das er an ihrem Ansehen fand, stürzte seine Lebensgeißel; dann lo weiß, daß er ihr ruhig auseinanderlegen konnte, wie er als Beistehender des Gerichts von ihrer verdrießlichen Angelegenheit Kenntnis genommen habe und nun gekommen sei, die Dinge mit ihr zu beraten und ausfindig zu machen, auf welche Weise der Handel geschlossen werden könne. So möge sie ihm denn vertrauensvoll den Umfang und die Natur ihrer eingegangenen Verpflichtungen mitteilen.

Mit einem großen Seufzer der Erleichterung und nachdem sie, wie jenes erste Mal, einen zitternden Blick auf ihn gemorjen, eilte Wendelgard eine Schachtel herbeizuholen, in welcher sie alle Rechnungen, Mahnbriefe und Gerichtsakte, die bisher eingelaufen, zusammengelapert hatte, ohne sie je wieder anzusehen. Mit einem zweiten Seufzer, indem sie schamrot die Augen niederstahl, schüttelte sie den ganzen Kram auf den Tisch, lehnte sich auf ihren Sessel zurück und bedachte das Gesicht mit der umgekehrten leeren Schachtel, hinter welcher sie lächelte zu schluchzen begann, das Haupt abwendend.

Gerührt und beklüßt, daß er so Tröstlich einschreiter könne, nahm Salomon ihr die Schachtel weg, sagte sanft ihre Hände und bat sie, guten Mutes zu sein. Dann machte er sich mit den Papieren zu schaffen, und wo er einer Auskunft bedurfte, fragte er mit so guter und vertrauenerweckender Laune, daß die Antwort ihr leicht wurde. Er zog nun das Schützenbüchlein hervor, daß er immer bei sich führte und daß mit fleißigen Studien von Pferden, Hunden, Säumen und Wollengehilden angefüllt war. Dazwischen hinein verstreute er auf ein weißes Blatt den Schuldensbestand der guten Wendelgard. Es handelte sich nicht um schöne Kleider und Putzachen, sowie um zerlumpte Möbelstücke; auch einige Käsewaren waren darunter, obgleich in bescheidenem Maße, und im ganzen erreichte die Summe bei weitem nicht die ungeheuerliche Größe, die im Publikum spulte. Doch betrug alles in allem immerhin gegen tausend Gulden Züricher Währung und war von der Schuldnerin in keiner Weise zu beschaffen. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Zur die sozialistische Einheitsfront. In einer Versammlung der SPD des Unterbezirks Chemnitz wurde u. a. folgender Antrag an den Parteitag in Augsburg angenommen: „Die außen- und innenpolitische Lage der deutschen Republik fordert gebieterisch die schnellste Vereinigung aller sozialistischen Kräfte. Zwei Dinge von verhängnisvoller Bedeutung kennzeichnen die Situation: 1. Schwere wirtschaftliche Kämpfe der deutschen Arbeiter gegen eine ungeheure Welle des Preiswunders und der kapitalistischen Ausbeutung, deren Anfänge wir erst jetzt erleben. 2. Der Kampf des deutschen Volkes gegen die Wahnsinnspolitik der französischen Chauvinisten, der seit London in seine entscheidende Phase getreten ist. Diese beiden großen Aufgaben, von deren Durchführung es abhängt, ob unser Volk weiterleben oder einem unausdenkbaren Zusammenbruch verfallen wird, können nur bewältigt werden, wenn schleunigst alle eigenen Kräfte und die der internationalen Arbeiterklasse mobil gemacht werden. Innenpolitisch muß die Vereinigte Sozialdemokratie neue Wege der Wirtschaftspolitik gehen — außenpolitisch bedürfen wir der geschlossenen Unterstützung der Sozialisten der böhmen Internationalen London und Wien. Da keine Zeit zu verlieren ist, beschließt der Parteitag: 1. sofort eine Kommission von geeigneten Genossen, darunter Vertreter des Hauptvorstandes, für die Beratung der organisierten Verjährung zu ernennen, die unverzüglich mit der unabhängigen Partei in Verbindung tritt; 2. den im Vorwärts anerkannten neuen Programmentwurf des Schöpfers unseres alten Erfurter Programms Karl Rautsky als Grundlage der theoretischen Verjährung zu nehmen; 3. den Parteitag der USp, zu ersuchen, angesichts der Größe der Gefahr sofort die schon einmal von uns angebotene Fraktionsgemeinschaft zu bilden, damit der Gegner bei Zusammentritt des Reichstages in der parlamentarischen Aktion bereits die Einheitsfront der deutschen Sozialisten vorfindet; 4. nach Erledigung der Vorarbeiten noch in diesem Jahre zum Einigungskongress zusammenzutreten, sofern Einverständnis auf beiden Seiten darüber besteht.“

Gewerkschaften.

9. Verbandstag des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes.

A. A. Am 21. August traten die Delegierten des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Kristallpalast in Magdeburg zum 9. Verbandstag zusammen. Folgende Zahlen vermittelten einen kurzen Blick auf Mitgliederzahl, Vermögensstand und Leistungen des für die Öffentlichkeit so äußerst wichtigen Verbandes. Während er bis zum Weltkrieg es an die 50 000 Mitglieder heranbrachte und er durch die Wirkungen des Krieges auf 25 000 im Jahre 1916 sank, hat er gegenwärtig in 802 Filialen 287 000 Mitglieder vereinigt, darunter 53 000 weibliche. In den Jahren 1919 bis 1921 erzielte er eine Mitgliederzunahme von 198 651. Die Resolution über freie Bahn für seine Entwidlung. Das Verbandsvermögen am Schluß 1921 ist auf 25 Millionen angewachsen. Der Anteil des einzelnen Mitgliedes am Vermögen beträgt etwa 85,40 Mk. Die Streitunterstützung in der Gesamtsumme von 54 138 Mk. im Jahre 1919 liegt auf 1 143 559 Mk. in 1920, und auf 1 512 981 Mk. in 1921, die Gemeindefürsorgeunterstützung von 1347 (1919) auf 37 684 (1920) bis zu 62 045 (1921); die Arbeitslosenunterstützung liegt in diesen drei Jahren von 63 418 Mk. auf 373 043 bis zu 402 343 Mk., die Krankenunterstützung von 346 679 auf 1 266 217, dann auf 1 788 212 Mk., die Sterbenunterstützung von 96 096 auf 196 192, dann auf 244 977 Mk. Dazu kommen die in der Summe kleineren Hilfeleistungen für Hochzeiten, Weihnachtsunterstützung und anderes. Zur Arbeitslosenunterstützung durch die Hauptkasse kam eine ganz erhebliche Leistung der Filialkassen, die die Unterstützungs-summe steigerte von 65 717 Mk. aus 1919 auf 513 422 Mk. in 1920 und 1 208 872 Mk. in 1921. Das zeigt schon hin auf einen hohen Stand der Arbeitslosigkeit, der sich denn auch im Gegensatz zur allgemeinen Lage in Industrie und Handel befand. Der Verband unterstützte 1919 3352, 1920 14 924, 1921 15 459 Arbeitslose. Entsprechend der Kopfzahl stieg auch die Zahl der Unterstützungsstage (59195, 298 260, 355 740). Wichtige Bewegungen hat der Verband mit und ohne Streit geführt. Als Ergebnis der für 1921 zum Abschluß gebrachten Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen wurde für 292 466 Personen eine Erhöhung des Wochenlohnes von 176,21 Mk. ermittelt. Der Durchschnittserfolg pro Kopf und Woche im Jahre 1920 war 104,32 Mk., im Jahre 1919 21,75 Mk. Außerdem wurde durch diese Lohnbewegungen im Jahre 1921 eine Arbeitszeitverlängerung erreicht von wöchentlich durchschnittlich 15,42 Stunden; im Jahre 1920 waren es 9,09, im Jahre 1919 5,96 Stunden. Die Bewegungen werden sicher ein wichtiges Thema auf dem Verbandstag bilden, aus dessen Tagesordnung wir mitteilen: Geschäftsbericht, a) Allgemeines, b) Lohnbewegungen und Streiks, c) Betriebsräte und Tarifverträge, d) Presse, e) Kasse, f) Reichsleistung Gesundheitswesen, g) Reichsleistung Staatsarbeiter und Beamtenorganisation; ferner die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften, die Rechte vom Leipziger Gewerkschaftskongress und von der Internationale und dann die Wahlen zum Verbandsrat.

Wir werden über die Verhandlungen am Schluß im Zukunftsbericht berichten.

Auswertung in der schlesischen Holzindustrie. Infolge Streiks in einer Anzahl Bezirke der Holzindustrie hat der Landesverband Schwestern des Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes die Ansprengung der Arbeiter in allen selbstgewerblichen Verbandsbetrieben der Provinz Schlesien angeordnet.

Der Streik der Landarbeiter hat nun auf den Kreisstaat Schaumburg-Lippe und den Kreis Jerichow II übergriffen. In der Provinz Hannover ist die Situation unübersichtlich, während im Kreis Lüneburg am Sonntag Verhandlungen beginnen. Im Kreis Osterode hat der Streik fast abgeschlossen. Sein völliger Zukunftsbericht ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Aus aller Welt.

Eine glänzende Flugleistung. Die größte fliegerische Tat, die ein Mensch bisher leistete, wurde von dem Engländer Martins von der Deutschen Hochschule für Luftfahrt ausgeführt. Die Fahrt ist es gelungen, sich auf einem motorlosen Geflügelzeug eine Stunde und zehn Minuten schwebend in der Luft zu halten. Er war auf der Wasserfläche in der Höhe mit einem motorlosen Flugzeug ausgefahren, erhob sich etwa 100 Meter über den Flugplatz, kreuzte 45 Minuten darüber, lag dann, bis lange noch in gleicher Höhe fliegend, ins Land hinein und landete schließlich 10 Kilometer westlich von der Kuppe.

Ein verworrenes Gemisch. In Rinn wurde der Beamte Schmid verhaftet, der sich an seinen drei minderjährigen Töchtern wiederholt furchtbar vergangen hatte. Die Erhebungen ergaben, daß Schmid auch keine heftige Strafe verdient hätte, ihre drei Schwestern als ihre Geschwister zu betrachten. Eine der Töchter wurde von ihrem Bruder geschwängert. Die Hebamme, die bei der Entbindung der Leibesfrucht assistierte, wurde ebenfalls in Haft genommen.

Ein Dorf durch Blüßschlag verunsichert. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in ein Anwesen in Röhrling in Ober-Ostpreußen nahe der baltischen Grenze. Binnen einer halben Stunde fielen 13 Personen in Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden.

Das Inventar ist völlig verbrannt. Über 18 Familien haben ihr Hab und Gut verloren. Der Sturm trug zur raschen Verbreitung des Feuers ungemein bei.

Treibende Eisberge. Im Atlantischen Ozean befinden sich zurzeit wieder zahlreiche Eisberge in Bewegung, die bekanntlich für die Schifffahrt — man denke an die Katastrophe des englischen Riesen dampfers „Titanic“ vor etwa zehn Jahren — eine große Gefahr bilden. So hat jetzt das kanadische Packboot „Antonia“ auf seinem Wege nach England nicht weniger als 90 Eisberge angetroffen.

Sport.

Münchener Fußballverein — F. S. W. Lübeck 2 : 2 (0 : 1). Am 15. August standen sich obige Gegner auf dem Kasernenhofe zu einem Propaganda-Spiel gegenüber. Alle Erwartungen wurden übertraffen und wohl keiner von den mindestens 1500 erschienenen Zuschauern verließ unbefriedigt den Platz. Zum Spielverlauf selbst: Dem Genossen Geyers (Korbeer-Hamburg) lag die Leitung des Spieles ob. München geht gleich durch prachtvolle erdäunliche Flachkombination vor F. S. W. Heiligum, doch Verteidigung und Torwart stellen sich dem gleich als schwer überwindbares Bollwerk entgegen. Ein mit unheimlicher Schärfe geschossener Ball des M. Halblins, meistert der Lübecker Torwart in brillanter Manier. Gleich darauf Ecke für M., welche gut getreten, abgewehrt wird. Dann unternehmend unser Sturm einen Angriff auf den Gegner Heiligum, doch auch hier sind es Verteidiger und Torwart, welche dem Ansturm ein halt gebieten. So wechselt Angriff auf Angriff, eine 2. Ecke für M. verläuft ebenfalls erfolglos. Nach 20 Min. Spieldauer hallte es über den Platz: „Tor“. Unser Sturm war in vorbildlicher Kombination vor des Gegners Tor gekommen und auf eine Flanke von rechts, welche vom Halbrechten aufgefangen wurde, und durch unhaltbaren Schuß zum ersten Tor für Lübeck verwandelt wurde. Nach Wiederanstock geht das Spiel in einem mörderischen Tempo weiter. Die M. versuchen unter Einwirkung der ganzen Kraft den Ausgleich herzustellen, doch vergebens, bis Halbzeit gelang es nicht mehr. Mit 1 : 0 für F. S. W. geht es in die Pause. Nach Seitenwechsel daselbstes Bild. Beide Mannschaften geben alles her, um zum weiteren Erfolg zu gelangen. Fast schien es, als sollte sich nichts mehr an dem Resultat ändern, als nach 1 Stunde 10 Min. auf eine Flanke von links für M. der Ausgleich fällt. Für den Torwart unberechenbar, der Ball sprang gegen den Torposten und drehte sich ins Netz hinein. Doch keine Partei war zufrieden gestellt, jede war auf einen Sieg bedacht, und das Spiel nahm noch an Schärfe und Schnelligkeit, ohne den fairen Charakter zu verlieren, zu. Besonders unsere Münchener gingen mächtig aus sich heraus und nicht ohne Erfolg. 10 Min. nach dem 1. Treffer folgte schon der 2., woran ich unsere Verteidigung nicht ganz schuldlos sprechen kann. Aber die untrigen lassen den Mut nicht sinken und schafften oft noch recht gefährliche Momente vor der Gasse Tor. Auf einen vorzüglichen Durchbruch der ausgezeichneten Linksaußen geriet dieser mit dem M.-Verteidiger in Kollision, und der Schiedsrichter entschied 11 Min., welcher unhaltbar verwandelt wurde. Zwar war es eine harte, aber meiner persönlichen Überzeugung nach eine gerechte Entscheidung. Eine kleine Erregung unserer Gäste blieb, so daß wir mit diesem weiteren Erfolg für unsere Bewegung voll zufrieden sein können. Ein paar recht gemüthliche und humorvolle Stunden in Gestalt eines Kommerces mit unseren Gästen bilden dann den Abschluß dieses für uns erfolgreichen Tages. Und noch einmal rufen wir unseren Münchener Genossen ein „Auf Wiedersehen“ und ein kräftiges „Frei Heil“ zu. Mögen alle diese Stunden in fester Erinnerung bleiben und der Erfolg für unsere Bewegung nicht ausbleiben. Auch dem Trommler- und Pfeiferkorps sprechen wir unseren Dank aus für die Mitarbeit an der Erreichung unseres Zieles.

55.55 Mk. für die Altershilfe wurden bei einer amerikanischen Versteigerung von Zigarillos im Lokale „Gentner Baum“ erzielt.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes Lübeck v. 18./19. August 1922

Table with multiple columns showing food prices in Lübeck for August 1922. Columns include item names (e.g., Fleisch, Milch, Butter) and prices in different units (per 100g, per kg, per lb). Prices are listed for various items like meat, dairy, grains, and oils.